

TUNESIEN: HÜRDEN DES ÜBERGANGSPROZESSES

Zwei Jahre nach der Revolution sind die grossen Hoffnungen, die der demokratische Übergangsprozess in Tunesien geweckt hat, einer nüchterneren Einschätzung gewichen. Zu den grossen Herausforderungen, vor denen das Land heute steht, zählen die politische Instabilität, die ungelöste Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Religion, die Reform des Sicherheitssektors und die Verbesserung der sozioökonomischen Lage. Die Entwicklungen in Tunesien sind auch mit Blick auf die Umbrüche in der gesamten Region zentral.



Die Lage in Tunesien ist nach wie vor angespannt: Beerdigung des ermordeten Oppositionspolitikers Chokri Belaïd. Tunis, 8. Februar 2013.
Reuters / Louafi Larbi

Die politische und soziale Ausgangslage in Tunesien schien Gutes für einen erfolgreichen Übergang zu mehr Demokratie zu verheissen. Die mehrheitlich arabischen und sunnitischen Muslime in Tunesien sind gut ausgebildet – mehr als ein Drittel der Bevölkerung verfügt über eine Hochschulbildung – und in religiösen Belangen traditionell gemässigt. Schon vor der Revolution existierte eine Zivilgesellschaft, politische und militärische Macht waren getrennt. Das Land besitzt zwar nur wenig Bodenschätze (v.a. Phosphate, Öl), verfügt jedoch über eine florierende Tourismusindustrie. Optimismus schien deshalb gerechtfertigt, als nach der Flucht Präsident Zine El Abidine Ben Alis im Januar 2011 rasch eine Übergangsregierung etabliert und diese beauftragt wurde, Wahlen für

eine verfassungsgebende Versammlung durchzuführen. Dieses Gremium sollte eine neue Verfassung ausarbeiten.

Die jüngsten Entwicklungen geben zu einer nüchterneren Beurteilung der Situation Anlass. Die Ausarbeitung der Verfassung verzögerte sich, der Entwurf wurde erst im April dieses Jahres veröffentlicht. Die Arbeitslosenquote ist höher als 2010 und das Wirtschaftswachstum hat sich im Vergleich zu vorrevolutionären Zeiten kaum beschleunigt. Zwei Jahre nach Beginn des Transitionsprozesses bestehen die wesentlichen Herausforderungen darin, die politische Stabilität zu erhalten, das Verhältnis zwischen Religion und Politik zu klären, die Hinterlassenschaften des vorherigen Regimes zu bewältigen und das wirtschaftliche

Wachstum anzukurbeln und so auszugestalten, dass die Arbeitslosigkeit reduziert und die markanten regionalen Ungleichheiten gemindert werden können.

Tunesien war das Ausgangsland des «Arabischen Frühlings». Die dortigen Entwicklungen verdeutlichen aber, dass demokratische Übergänge im Nahen Osten und in Nordafrika komplexe, instabile und langwierige Prozesse sind. Stockt der Prozess in Tunesien weiterhin, sind dies schlechte Vorzeichen für die anderen Staaten der Region. Ein solcher Stillstand würde das Risiko erhöhen, dass die Befürworter einer «gemässigten» und damit letztlich kosmetischen Reform in der Region wieder erstarken.

Hintergrund der heutigen Situation

Die Selbstverbrennung des Tunesiers Mohamed Bouazizi in Sidi Bouzid, einer Stadt in den lange vernachlässigten Regionen im Landesinneren, löste am 17. Dezember 2010 die tunesische Revolution aus. Zahlreiche Missstände hatten zu den Aufständen geführt: mangelnde Repräsentanz und Einbezug der Bevölkerung, soziale Ungerechtigkeit, ein korruptes Regime, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und ein massives Gefälle bei der regionalen Entwicklung. Angesichts lautstarker Massenproteste und Rücktrittsforderungen floh Ben Ali am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien.

In Tunesien folgten vielversprechende erste Schritte in Richtung eines demokratischen Übergangs. Im Oktober 2011 fanden die ersten freien und geheimen Wahlen statt. Aus

diesen ging eine Koalitionsregierung hervor, die aus der islamischen Partei *Ennahdha* (41% der Wählerstimmen) und zwei nicht-islamischen Mitte-Links-Parteien, dem *Congrès pour la république* (CPR, 14%) und der *Ettakatol*-Partei (10%) gebildet wurde. Die neu gewählte Regierung kündigte an, einen Verfassungsentwurf vorzulegen und innerhalb eines Jahres Neuwahlen abzuhalten. Auch das Wirtschaftswachstum, das 2011 zurückgegangen war, begann sich im Jahr 2012 zu erholen.

Seither gab es jedoch eine Reihe von Rückschlägen im Übergangsprozess. Zunächst verzögerte sich die Fertigstellung der Verfassung. Einer der Hauptgründe war die umstrittene Frage, welche Rolle die Religion im Staat spielen soll. Die Blockade in der Verfassungsdebatte führte dazu, dass die ursprünglich für Juni 2013 vorgesehenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf Ende des Jahres verschoben wurden. Die daraus resultierende politische Ungewissheit wird durch die zunehmende Polarisierung der politischen Eliten verschärft. Die Spannungen fanden mit der Ermordung des bekannten Oppositionspolitikers Chokri Belaïd, dem Generalsekretär des politisch links positionierten *Mouvement des patriotes démocrates*, ihren bisherigen Höhepunkt. Der zaghaft einsetzende Wirtschaftsaufschwung in Tunesien droht im Schatten dieser Ereignisse zum Erliegen zu kommen.

Politische Landschaft

Nach der Revolution wurde die Partei des ehemaligen Präsidenten Ben Ali, die *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD), aufgelöst. Den Parteikadern, die während der vergangenen zehn Jahre im Amt gewesen waren, wurde die aktive und passive Teilnahme an den Wahlen untersagt. *Ennahdha* ging als stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervor. Gemäss den eigenen Angaben verfolgt diese Partei das Ziel, eine gemässigte Form des Islam zu fördern, die im Einklang mit den Grundsätzen von Demokratie und der Vorstellung der Souveränität des Individuums steht. Ausschlaggebend für *Ennahdhas* Wahlerfolg war, dass die Partei sowohl religiöse als auch ländliche Gemeinschaften breit zu mobilisieren vermochte, obwohl während der Herrschaft Ben Alis viele Mitglieder in den Untergrund oder ins Exil gegangen waren und die Parteiführung nach London und Paris verlegt worden war. Die Partei profitierte auch davon, dass sie in den Augen der Bevölkerung eine hohe Legitimität genoss, als nicht korrupt galt und den An-

spruch erhob, den Islam mit den Prinzipien der Demokratie zu vereinbaren. Diese Forderung hatte in einem traditionell säkularen Staat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung eine grosse Anziehungskraft.

Auch die beiden Juniorpartner der Regierungskoalition existierten bereits vor der Revolution. Die *Ettakatol*-Partei war unter Ben Ali Teil einer legalisierten Opposition. Aufgrund ihrer liberalen, aber dennoch sozialverträglichen Programme haben beide Koalitionspartner grossen Zulauf in den wohlhabenderen Küstenregionen Tunesiens. Die Bereitschaft von *Ennahdha*, mit diesen beiden Parteien zusammenzuarbeiten, schien zunächst ein verheissungsvolles Vorzeichen für einen konsensbasierten demokratischen Übergangsprozess. Verschiedentliche Risse in der Koalition haben inzwischen jedoch deren Brüchigkeit verdeutlicht. *Ettakatol* und CPR sind frustriert über die Unfähigkeit der *Ennahdha*-geführten Regierung, die drängenden Herausforderungen des Landes zu bewältigen. Sie kritisieren die mangelnde Abstimmungsbereitschaft der *Ennahdha* sowie deren Besetzung strategisch wichtiger Posten mit loyalen Parteianhängern.

Ennahdha selbst ist im Innern gespalten und wird von aussen sowohl von Islamisten als auch von Nicht-Islamisten herausgefordert und bedrängt. Intern gibt es Auseinandersetzungen zwischen Pragmatikern und Konservativen innerhalb der Parteilite, aber auch zwischen der Parteilite und der eher militanten Basis. Zudem fürchtet *Ennahdha*, Einfluss an die Salafisten zu verlieren. Diese waren bei den Wahlen zwar nicht vertreten, besitzen aber dennoch erhebliches Gewicht. Die in der Vergangenheit politisch eher zurückhaltenden Salafisten wurden in jüngster Zeit zunehmend aktiv und versuchten beispielsweise, Verweise auf die Scharia in den Verfassungsentwurf einzubringen und Blasphemieverbote zu verankern. Die Mehrheit der Salafisten entstammt der unteren Mittelschicht und den ärmeren Bevölkerungsschichten aus den städtischen Ballungsräumen und dem Landesinnern. Hier haben die Salafisten angesichts des Vakuums staatlicher Leistungen und Institutionen wichtige gesellschaftliche Funktionen übernommen und nehmen auch im informellen Wirtschaftssektor eine zentrale Stellung ein. Sie buhlen in diesen Gebieten mit *Ennahdha* um die Gunst der Wählerschaft.

Die politische Dominanz *Ennahdhas* hat die nicht-islamistischen Parteien zu einem



Zusammenschluss veranlasst. Die bedeutendste Gegenbewegung setzt sich aus verschiedenen Mitte-Links-Kräften zusammen und wird von *Nidaa Tounes* angeführt, einer 2012 vom ehemaligen Premierminister der Übergangsregierung, Béji Caïd Essebsi, gegründeten Partei. Die Bewegung vereinigt Linke, Liberale und ehemalige Mitglieder von Ben Alis RCD. *Nidaa Tounes* genießt die Unterstützung des einflussreichen Gewerkschaftsdachverbands *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT). Dieser hatte der Kooptation durch das Vorgängerregime widerstanden und besitzt das Potenzial, überregional Mitglieder aller Gesellschaftsschichten zu mobilisieren. Die Mitgliedschaft ehemaliger RCD-Mitglieder in *Nidaa Tounes* und in anderen Oppositionsparteien sorgt jedoch immer wieder für Kontroversen. Bisher wurden die ehemaligen Beamten des alten Regimes jedoch nicht generell von der Parteipolitik ausgeschlossen. Diese können damit nach wie vor potenziell Einfluss auf den Übergangsprozess nehmen.

Religion, Staat und Identität

Die zunehmende Polarisierung zwischen Islamisten und Nicht-Islamisten sowie der Wettbewerb innerhalb der islamistischen Gruppen gefährdet die politische Stabilität des Landes. Die Frage nach der Rolle der Religion ist heftig umstritten. *Ennahdha* steckt dabei in einem Dilemma: Einerseits will sie die religiös konservativen Mitglieder in Partei und Gesellschaft ansprechen, andererseits aber auch eine Entfremdung der liberal-progressiven Gesellschaftsschichten verhindern. Die parlamentarischen Initiativen einzelner *Ennahdha*-Abgeordneten dokumentieren dies: Im Februar 2012 brachten einzelne Abgeordnete trotz gegenteiliger Versprechen während des Wahl-

kampfes den Vorschlag ein, die Scharia zur Grundlage der tunesischen Rechtsordnung zu machen. Nach Wochen öffentlicher Proteste und einer Rücktrittsdrohung des Sprechers der verfassungsgebenden Versammlung, Mustapha Ben Jaafar, entschied die Parteiführung der *Ennahdha*, den Vorschlag zurückzunehmen. Als Reaktion auf Massenproteste und Kritik durch Medien und Menschenrechtsgruppen ruderte die Partei auch bei weiteren Vorhaben zurück: Erfolglos blieben sowohl die Versuche, die dominante Rolle des Mannes als Familienoberhaupt im Verfassungsentwurf festzuschreiben und Frauen als ein die Männer ergänzendes Wesen zu definieren, als auch der Vorschlag vom Juli 2012, jegliche Form der Blasphemie zu kriminalisieren.

Die Toleranz, die *Ennahdha* den Vorstößen der Salafisten entgegenbringt, die damit ein in ihren Augen moralisch korrektes Verhalten durchsetzen wollen, polarisiert ebenfalls. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass *Ennahdha* mit den Salafisten um die ultrakonservativen Wählersegmente buhlt. Den Salafisten geht es dabei eher um gesellschaftliche Normen, als um Politik. Vor diesem Hintergrund forderten sie, dass nur Frauen mit Nikab zum Studium zuzulassen seien. Zudem verlangten sie eine Einschränkung der Kunstfreiheit, sprachen sich gegen die Vorführung bestimmter Filme aus und griffen als Reaktion auf den Film «Die Unschuld der Muslime» im September 2012 die Botschaft der USA an. Der Regierung wurde häufig vorgeworfen, gegenüber den Salafisten zu tolerant zu sein. Das kürzliche harte Durchgreifen gegen die konservative salafistische Organisation Ansar Al-Sharia, die sich zu dem Anschlag auf die US-Botschaft bekannt hatte, legt nun nahe, dass die Regierung in Zukunft entschiedener gegen solche militanten salafistischen Strömungen vorgehen will. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die salafistische Bewegung insgesamt an Einfluss verlieren wird. Zudem ist die Rolle der Religion in Tunesien weiterhin umstritten. Die entsprechenden Klauseln im Verfassungsentwurf sind ungenau formuliert. Sie dürften in der verfassungsgebenden Versammlung zu Diskussionen Anlass geben und – falls der Verfassungsentwurf in diesem Gremium keine Zweidrittelmehrheit erreicht – auch in einer Volksabstimmung kontrovers diskutiert werden.

Reform des Sicherheitssektors

Die Reform des Sicherheitssektors (SSR) ist ein unerlässliches Element im Prozess des demokratischen Übergangs. Es ist für die Neugestaltung der Beziehung zwischen

Staat und Bürger in Tunesien zentral. Die Altlasten des vorherigen Regimes behindern jedoch den Fortschritt. Die Armee spielte dabei unter Ben Ali nie eine wichtige politische Rolle, auch stand sie nominell unter ziviler Kontrolle. Im Gegensatz dazu stellten jedoch die internen Sicherheitskräfte und die Justiz wichtige Säulen des alten Regimes dar. Sie waren die Instrumente, mit denen Oppositionelle ausgeschaltet und Anhänger des ehemaligen Präsidenten begünstigt wurden. Folglich stehen Anhänger des früheren Regimes und die antidemokratischen Kräfte Tunesiens den Sicherheitskräften und dem Justizapparat näher als den Streitkräften.

Es wurden bereits erste Schritte eingeleitet, um die tunesischen Sicherheitskräfte zu reformieren. Deren Wirkung ist aber umstritten. Die politische Polizei, die unter Ben Ali Informationen über die Opposition sammelte, wurde aufgelöst. Es ist jedoch unklar, ob sie einfach in die reguläre Polizei integriert wurde. Auch ihre Akten sind weiterhin nicht öffentlich zugänglich. Auch die Ausbildung der Polizeikräfte im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte hat begonnen. Doch die polizeilichen Einsatzregeln, der Polizeigewahrsam und die Methoden zur Informationsbeschaffung sind weitgehend noch dieselben wie in der Ära Ben Ali. Letztlich müssen sich die polizeilichen Gepflogenheiten aber grundlegend verändern, um dem neuen Verhältnis von Staat und Gesellschaft erkennbar Rechnung zu tragen.

Auch die Unabhängigkeit der tunesischen Judikative ist immer noch zweifelhaft, und Korruption ist weiterhin ein Bestandteil des Rechtsapparats. Die wichtigste Aufsichtsbehörde, der Oberstenrat der Richterkammer, die für die Ernennung, Beförderung und Beaufsichtigung der Richter zuständig ist, wurde unter Ben Ali direkt von der Exekutive kontrolliert. Diese Behörde wurde aber nur in Teilen reformiert. Gewisse Richter wurden entlassen, doch wurden die Entschiede nicht begründet und es ist davon auszugehen, dass ein Teil der Richter aus politischen Gründen zum Rücktritt gezwungen wurden. Ähnliche Unzulänglichkeiten existieren im Bereich der Übergangsjustiz, die damit betraut ist, Menschenrechtsverletzungen des früheren Regimes aufzuklären. Bisher wurden jedoch vorrangig die Verbrechen während der Revolution anstatt die Verbrechen unter Ben Ali untersucht. Die Verantwortung für die Aufklärung der Verbrechen hat zudem der Staat an sich gerissen, anstatt sie in die Hände der Zivilgesellschaft zu geben.

Sozioökonomische Herausforderungen

Die Erfolgsaussichten des Übergangsprozesses werden zusätzlich durch die im Vergleich zur vorrevolutionären Situation ausbleibende wirtschaftliche Verbesserung und die anhaltende Arbeitslosigkeit getrübt. Die bereits vor der Revolution schwierige wirtschaftliche Lage verschlechterte sich durch die Aufstände zusätzlich. Zwischen 2010 und 2011 ging die Zahl der Touristen um mehr als 50 % zurück und die ausländischen Direktinvestitionen sanken ebenfalls um mehr als die Hälfte. Die tunesische Wirtschaft litt zudem unter ungünstigen regionalen und internationalen Rahmenbedingungen. Insbesondere der Bürgerkrieg in Libyen und die Wirtschaftskrise in der EU, dem wichtigsten Handelspartner Tunesiens, wirkten sich negativ auf die Wirtschaftslage aus.

Die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Senkung der Arbeitslosenquote, die bei 16,5 % liegt, sind deshalb dringend notwendig, um möglichst breiten Gesellschaftsschichten eine Perspektive zu bieten. Zentral ist dies für die Jugendlichen, die 70 % der Arbeitslosen ausmachen. Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren repräsentieren ein Drittel der Erwerbsbevölkerung Tunesiens. Die Wirtschaft wächst jedoch nicht schnell genug, um Arbeitsplätze für sie zu schaffen. Verschärfend kommt das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage hinzu. So stieg die Zahl der Universitätsabsolventen stetig an und lag im Jahr 2010 bei etwa 16 %. Gleichzeitig sind jedoch fast ausschliesslich Arbeitsplätze für gering qualifizierte Beschäftigte in der Schattenwirtschaft vorhanden.

Auch die grossen regionalen Differenzen bei Wirtschaft und Entwicklung existieren weiterhin. Soziale Unruhen sind in ärmeren Regionen im Landesinneren immer noch deutlich spürbar. Im November 2012 kam es in Siliana zu tagelangen Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Auch in Kef und in Ben Guerdane kam es zu ähnlichen Zusammenstössen. Diese Proteste richteten sich gegen das Unvermögen der Regierung, die Situation für die Gebiete im Landesinneren und die entlegenen Regionen im Süden des Landes zu verbessern. Diese regionalen Disparitäten stellen damit weiterhin grosse Hindernisse für eine politische Stabilisierung dar.

Perspektiven

Zwei Jahre nach der Revolution ist der demokratische Übergang in Tunesien weit-

aus stärker gefährdet als erwartet. Die wichtigsten Missstände, die als Auslöser der Revolution gelten, konnten bisher nicht behoben werden. Zur Stabilisierung der politischen Situation müssen nun Massnahmen wie eine menschenrechtsorientierte Reform des Sicherheitssektors, eine bessere Aufsicht und die Erhöhung der Transparenz bei den Sicherheitskräften sowie weitergehende Reformen in der Judikative angepackt werden. Im sozioökonomischen Bereich bedarf es entschiedenerer Massnahmen zur Lösung der strukturellen Wirtschaftsprobleme. Dies betrifft vor allem die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und für kleine und mittelständische Unternehmen, die Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage bei der Qualifikation von Arbeitskräften und die Investitionen in bisher vernachlässigten Regionen.

Angesichts der innenpolitischen Situation, der strukturellen Probleme und des innerstaatlichen Reformwiderstandes ist es jedoch unrealistisch, die Situation innerhalb kurzer Zeit zu verändern. Sollte der vorliegende Verfassungsentwurf angenommen werden, könnte dies zumindest dazu beitragen, die politische Unsicherheit abzubauen und weitere Reformen zu ermöglichen. Vorgängig muss die Regierungskoalition jedoch erst einmal demonstrieren, dass sie über glaubwürdige politische Konzepte zur Überwindung der sozioökonomischen Schwierigkeiten verfügt. Externe Akteure können dies unterstützen, indem sie ihr Engagement auf die Förderung des Dialogs, die Reform des Sicherheitssektors und die ländliche Entwicklung konzentrieren.

Das Engagement der Schweiz

Die Schweiz unterstützt seit Anfang 2011 den demokratischen Übergang in Nordafrika mit einem Sonderprogramm. Tunesien ist ein Schwerpunktland des Schweizer Engagements. Die Schweiz ist vor allem durch die in der Schweiz gelagerten Vermögenswerte Ben Alis, durch die Flüchtlingsproblematik und in Bezug auf die irreguläre Migration direkt von den Auswirkungen der Revolution betroffen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz an einem stabilen und demokratischen Tunesien haben die Behörden reagiert, um den Transitionsprozess zu unterstützen. Vermögenswerte in der Höhe von rund 60 Millionen CHF aus dem Umfeld des Ben-Ali-Clans wurden eingefroren. Im März 2011 lancierte die Schweiz ein Programm zur Unterstützung des demokratischen Transitionsprozesses,

wobei die dafür zur Verfügung gestellten Mittel kontinuierlich anstiegen (2011: 9,72 Millionen CHF; 2012: 14,41 Millionen CHF; 2013: 17,26 Millionen CHF). Diese Unterstützung soll bis 2016 andauern. Die Schweiz verfolgt dabei einen *Whole-of-Government*-Ansatz: Involviert sind das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (Politische Direktion, Direktion für Völkerrecht, DEZA), das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (Bundesamt für Migration) sowie das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (SECO). Die Schweiz konzentriert sich dabei auf drei Kernbereiche: «Übergang zu Demokratie und Menschenrechten», «Wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen» und «Migration und Schutz hilfsbedürftiger Personen».

Besondere Beachtung finden die Projekte innerhalb des Programms, die darauf abzielen, einen Beitrag zur Bewältigung der Hauptprobleme des Transitionsprozesses zu leisten, v.a. zur Reform des Sicherheitssektors, zur Verminderung des regionalen Gefälles und zur Schaffung von Arbeits-

plätzen. In Zusammenarbeit mit dem Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) stellt die Schweiz Fachwissen zur Verfügung. Darüber hinaus zielt das Programm auch darauf ab, insbesondere junge Menschen und Frauen bei der Gründung von Kleinunternehmen zu unterstützen und so in ländlichen Gebieten 10'000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schweiz engagiert sich zudem für eine bessere Zugänglichkeit der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen im Landesinneren, wodurch wiederum neue Arbeitsplätze entstehen, und fördert Mikrofinanzierungen und Mikroversicherungen.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexpertin für diese Analyse:
Lisa Watanabe
lisa.watanabe@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 134: Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
- Nr. 133: Europarat: Zeit für Reformen
- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse